

2190. Artikel zu den Zeitereignissen

rechtsfreie Räume, Teil 269

Christian Jung und Torsten Groß "Der Linksstaat"(4) – Angriffe auf AFD-Politiker – Linke Slogans

Christian Jung und Torsten Groß schreiben weiter in ihrem Buch *Der Links-Staat*:¹

Noch heute ist in der extremen Linken Rassismus weitverbreitet, wie wir noch sehen werden. Dieser richtet sich nicht nur gegen Juden, sondern auch gegen Weiße oder Deutsche (wenn die drei Merkmale auch nicht selten zusammenfallen).

Das Antinationale ist für die Linke aus zwei Gründen bedeutsam: Der Sozialismus, der letztlich immer noch Ziel linker Akteure ist, kann sich aus Sicht der Linken nur supranational durchsetzen. Zum einen wird die Nation als eine, wenn nicht die Keimzelle des Rassismus ausgemacht. Zum anderen wird die Nation – fälschlicherweise – als Hort einer gemeinsamen Ethnie ausgemacht. Die grundlegende Veränderung der Ethnie wird – wie viele andere grundlegende gesellschaftliche Umstände – als Voraussetzung für die Durchsetzung des Sozialismus gesehen.

Die Belege für das Vorhandensein solcher Sichtweisen in der Linken werden uns unter anderem im Kapitel zur Münchner Stadt-Stasi begegnen. An dieser Stelle soll es zunächst vorwiegend um den sozialen Mechanismus der Meinungshegemonie gehen. Dabei wird ein hehres Ziel vorangestellt. Objektiv wird man einwenden können, das – angebliche bessere – Ziel könne nicht zur Anwendung unethischer Methoden berechtigen, die nicht selten einen Straftatbestand erfüllen. Die extreme Linke legitimiert ihr Handeln, indem sie selbstbestimmte Meinungen, Weltbilder und Überzeugungen delegitimiert. Der vermeintlich »unwerten« Meinung wird die Gefahr zugeschrieben, faschistoide Züge in sich zu tragen.

Dieses apodiktisch festgehaltene Faktum hat zum einen zur Folge, dass eine intellektuelle Auseinandersetzung nicht angezeigt und zudem jede Form des »Widerstandes« gegen die Gefahr des Faschismus bzw. Nazismus berechtigt ist. Damit ist auch hier der Bogen zum angeblich bekämpften Faschismus geschlagen: das autoritäre Verständnis des politischen Raums. Genauso wie Rosa Luxemburg mit ihrem Ausspruch »Die Freiheit sei immer die Freiheit des Andersdenkenden« sich nur auf die innerlinke Debatte bezog, so beziehen Antifa und Autonome Begriffe des demokratischen Miteinanders wie Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit nur auf sich selbst, keinesfalls jedoch auf den politischen Gegner.

Die Quintessenz dieser Geisteshaltung ist der Antifa-Slogan »Es gibt kein Recht auf Nazi-Propaganda«. Freilich ist »Nazi-Propaganda« hier so zu verstehen, dass dies jede Meinungsäußerung sein kann, die nicht die Vorstellungen der extremen Linken widerspiegelt. Um solche Meinungen zu unterbinden, verließen sich die militanten Antifaschisten von Beginn an nicht auf legitimen Gegenprotest. Vielmehr kamen und kommen illegitime und gleichfalls illegale Blockaden ihr nicht genehmer Versammlungen zur Anwendung. Durch den sogenannten »Fahndungsantifaschismus« sollte alles, vor allem Privates, des politischen

¹ S. 21-23, Kopp 2016

Gegners nicht nur ausgeforscht, sondern auch veröffentlicht werden. Insbesondere die Zeitschrift radikal ist in den 1980er-Jahren in diesem Zusammenhang bedeutend.

Die Technik hat sich seither rasant entwickelt, doch die Methoden der Antifa sind im Grundsatz die gleichen geblieben. So werden heute Adressen politischer Gegner veröffentlicht und auch Anschläge gegen diese oder ihr Eigentum im Internet, namentlich etwa auf Facebook oder bei Linksunten Indymedia, nicht nur gefeiert, sondern auch angekündigt.²



(In der Nacht auf Freitag, 17. Juni [2016], wurde auf das Wohnhaus und das Auto der AfD-Politikerin Katrin Ebner-Steiner in Metten ein Anschlag verübt. Die Frau war mit ihren vier Kindern im Haus.³)

Wenn Anschläge etwa auf „Indymedia“ beschrieben werden, geschieht das regelmäßig mit Abdruck der Adresse des Opfers, um Nachahmer zu animieren. Die Einschüchterungswirkung solchen Gebarens erhöht auf diese Weise die Wirkung der Anschläge. Auf der Plattform „Indymedia“ wurden auch Personalien tausender Personen veröffentlicht, die an den AfD-Bundesparteitagen in Bremen (2015) und Stuttgart (2016) teilgenommen hatten.

Im Falle Stuttgarts sogar mit kompletter Wohnanschrift samt Telefonnummern und E-Mail-Adressen. Logik und widerspruchsfreies Agieren bleiben aber nicht nur bei der Anwendung faschistoider Methoden zur Bekämpfung des tatsächlichen oder vermeintlichen Faschismus auf der Strecke. Verstöße gegen die Denkgesetze sind innerhalb der Antifa üblich, ja normal. Nicht selten werden in »selbstverwalteten« Einrichtungen, die nur aufgrund staatlicher bzw. kommunaler Förderung bestehen, Veranstaltungen zu vermeintlicher staatlicher Repression gegenüber der Antifa abgehalten.

Es gibt innere Widersprüche, die durch die Antifa nicht als solche empfunden werden, die der Bewegung allerdings von Anfang an zugehörig sind. So versteht sich die Antifa als Kontrolleur zulässiger Meinung und wendet bei Abweichung von ihren »Vorgaben« Einschüchterung, Denunziantentum und auch Gewalt an. Dennoch findet sich in einem Flugblatt der Antifa von 1985 die Behauptung, man wende sich »gegen soziale Kontrolle«. Noch heute kämpft man für »Freiräume«, die allerdings von linker Seite vorgegeben werden. Innerhalb der Antifa bilden sich Gruppen, ja ganze Bewegungen um Begriffe.

² Unter Anmerkung 7 steht: Ein Beispiel ist der Anschlag auf das Haus der AfD-Politikerin Katrin Ebner-Steiner (Mitglied im bayerischen Landesvorstand der AfD [s.o.]), der auf Facebook zuvor angekündigt worden war. Dies ist auch in der Dokumentation *Der Links-Staat – Die Kommunalen Netzwerke* zu sehen.

³ <http://www.wochenblatt.de/nachrichten/degendorf/regionales/Anschlag-auf-Mettener-Wohnhaus-von-AfD-Vorstandsmitglied;art1147,375678>

Immer mit dem Präfix »Anti« versehen, wendet sich die extreme Linke einmal gegen Rassismus (AntiRa) und ein andermal gegen Imperialismus (Antiimp) und alle sonstigen realen oder irrealen gesellschaftlichen Phänomene. Sehr erfolgreich ist die extreme Linke jedoch bei der Durchsetzung von Slogans, die sich oftmals nicht nur sprachlich verankern, sondern dem eigenen Gedankengut den Weg in den Zeitgeist ebnen. Eines der besten Beispiele ist der Spruch »Kein Mensch ist illegal« (s.u.).



(<https://muenchen.piratenpartei-bayern.de/kein-mensch-ist-illegal-bleiberecht-ueberall/>)

Mit Aufkommen des Slogans vollzog sich, was mit vielen linken »Sprüchen« geschah. Von konservativer Seite wegen seiner Irrationalität verlacht, wurde er in seiner langfristigen Wirkung unterschätzt. Dennoch, oder gerade deswegen, war ein linker Slogan einmal mehr in der Lage, das politische Stimmungsbild der relevanten sozialen Gruppen (Politik und [linke] Medien) zu beeinflussen. Allerdings hatten die konservativen Kreise recht, wenn sie feststellten, dass ein ohne Einreiseerlaubnis nach Deutschland gekommener Ausländer nicht in seiner Person und damit »als Mensch« illegal, sondern – wie bei einem Einbrecher – nur der Aufenthalt an einem unerlaubten Ort rechtswidrig und damit der Akt, die Straftat, nicht jedoch die Existenz, »illegal« ist. Man kann daher das Vorgehen der extremen Linken in vier ineinandergreifende Maßnahmen unterteilen:

- *Das Formulieren eines (zunächst utopisch) klingenden Ziels: »Kein Mensch ist illegal«, sprich: wahrhaft grenzenlose Einreisemöglichkeit für Ausländer.*
- *Die Gleichsetzung von Oppositionellen mit dem Bösen schlechthin: in diesem Falle mit dem Begriff »Ausländerfeind«, dem auch der Vorwurf »Nazi« folgen kann.*
- *Die Etablierung des Gedankengutes in der Gesellschaft als die »richtige Sichtweise«.*

Dies hat nur Erfolg, wenn nicht die radikale Linke mit ihrem Auftreten dies vermittelt, sondern diejenigen, die das Bürgertum ansprechen und dessen Vertrauen erwecken können. Die »richtige Sichtweise« ist alsbald derart etabliert, dass es dann in Gesprächen zwischen Bürgern heißt, zwar dürfe man dies nicht sagen, aber mittlerweile kämen zu viele Ausländer. Das Zurückdrängen des als richtig Empfundenen in den Raum des scheinbar Unerlaubten hat auch das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Minderheit zur Folge. (Fortsetzung folgt.)